



Kluck: Migranten im Staatsdienst willkommen

FDP/DVP-Fraktion sieht Baden-Württemberg als Einwanderungsland auf gutem Weg - Ziel liberaler Integrationspolitik ist es, Zuwanderern gleiche Bildungs- und Berufs-chancen zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirt-schaftlichen Leben zu beteiligen. Das betonte der innenpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, Hagen Kluck, in der Landtagsdebatte zur Integration. „Die FDP ist dafür, dass sich mehr qualifizierte Mitgrantinnen und Migranten für eine Karriere im öffentlichen Dienst entscheiden“, sagte der Reutlinger Abgeordnete, „das ist hierzulande besonders wichtig, weist Baden-Württemberg unter den Flächenländern doch mit 25 Prozent den höchsten Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund auf.“ Im Bundesdurchschnitt seien es nur knapp 19 Prozent.

Hagen Kluck erinnerte daran, dass beispielsweise im Polizeivollzugsdienst seit über 15 Jahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werde, auch nichtdeutsche Bewerberinnen und Bewerber einzustellen. Man habe damit im Land sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei der Nachwuchswerbung für den Polizeiberuf werde deutlich auf die Ausnahme vom Erfordernis der deutschen Staatsbürgerschaft hingewiesen. In diesem Zusammenhang habe die Polizei generelles Lob verdient für ihre vielfältige Zusammenarbeit mit Organisationen von Zuwanderern vor Ort. Dabei werde sehr gute präventive Arbeit geleistet. „Wir alle wissen, dass im Integrationsplan die interkulturelle Öffnung als eine der we-sentlichen integrationspolitischen Leitlinien der Landesregierung verankert ist“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, „deshalb streben wir auch im Schulbereich eine Erhöhung des Anteils an Lehrkräften mit Migrationshintergrund an.“ Solche Lehrerinnen und Lehrer können sehr wichtige Vorbildfunktionen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien einnehmen. Klar müsse aber auch sein, dass es ohne eine vergleichbare Qualifikation nicht gehe, da nach den Kriterien von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ausgewählt werden müsse. „Ist diese Qualifikation bei Personen mit Migrationshintergrund gegeben, steht ihnen bereits heute der Weg zum öffentlichen Dienst offen“, erläuterte Hagen Kluck. „Wichtig ist, dass wir weiterhin mit Engagement an die Frage herangehen, denn ein erhöhter Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst bietet Bürgerschaft und Staat viele Vorteile“. So könne zum Beispiel die Beschäftigung von Migranten in den Arbeitsabläufen einen völlig neuen, bereichernden „Input“ bringen. Es sei eine alte Erfahrung, dass die Akzeptanz der Verwaltung in der Gesamtbevölkerung höher sei, wenn sie auch in ihrem Personalbestand die Realität in der Bevölkerung widerspiegle. Zudem könne die Verwaltung besser auf Menschen mit anderer kultureller und sprachlicher Herkunft eingehen und so viele Verwaltungsabläufe ein-facher gestalten. Nicht zuletzt hätten Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst auch eine Vorbildfunktion für andere Zuwanderer, die sich für diesen beruflichen Weg entscheiden könnten und damit einen besseren Bezug



zu Kommune und Staat bekommen würden.